

Kriegsgefangene

Alles erfunden

Eine Moskauer Behörde überprüft die Urteile sowjetischer Militärtribunale gegen deutsche Gefangene und Ostzonenbewohner.

Mit Fleiß und Kraft man vieles schafft“, der Sinnspruch schmückt den Gesellenbrief des Schlossers Ernst Fritz Schubert aus dem Jahre 1936. Vorsichtig faltet Wladimir Gussew, Oberst der russischen Militärstaatsanwaltschaft, das angegelbte Zeugnis zusammen und schiebt es in den Umschlag mit den restlichen Dokumenten der „Sache Schubert“ zurück.

Da ist noch ein Ausweis Nr. 26350, er bestätigt Schuberts Beschäftigung seit 1949 bei der „Sowjetischen Aktiengesellschaft Wismut“, die in der Ostzone Uran abbaute. Daneben ein paar matte Familienfotos und nun die achtzeilige lakonische Bescheinigung Nr. SD-655-53, die Gussew selbst eben geschrieben und per Rundsiegel amtlich mit Hammer und Sichel versehen hat.

„Der Bürger Schubert, Ernst Fritz, geboren 1917 in Markersbach“, hebt Gussew in offiziellem Ton an, „inhaftiert am 27. September 1952, verurteilt am 24. Dezember desselben Jahres durch das Militärtribunal des Truppenteils 48240 nach Artikel 58 des Strafbuches der Russischen Föderation, wird gemäß Gesetz über die Rehabilitierung der Opfer politischer Repressalien vom 18. Oktober 1991 rehabilitiert.“

Gussew klopft zufrieden auf den Umschlag: „Das sind wertvolle Dokumente für die, die es betrifft.“ Den Adressaten Schubert erreicht die Botschaft nicht mehr. Er ist seit Heiligabend 1952 tot.

Ein sowjetisches Erschießungskommando hatte auf dem Boden der DDR dem 35jährigen Schlosserleben ein Ende

gesetzt und gleich auch noch zwei Arbeitskollegen hingerichtet, wegen Spionage in den Wismut-Schächten.

„Es war alles erfunden“, widerruft Gussew vier Jahrzehnte später das Urteil seiner Kollegen, die einst im deutschen Beutestaat Jagd auf „West-Spione“ und „Antisowjetschiki“ machten.

Der gnädige Oberst arbeitet in einer Moskauer Villa die Vergangenheit auf, mit Chef Nikolai Anissimow, 48, und knapp zwei Dutzend Mitarbeitern. Das Rehabilitierungsamt bei der russischen Generalstaatsanwaltschaft soll Millionen Sowjetbürgern die bürgerlichen Rechte zurückgeben, die seit 1917 der Geheimpolizei, Sondertribunalen, Dreier-Gerichten zum Opfer gefallen waren. Die Wiedergutmachung erfolgt per Stempeldruck, materielle Entschädigung ist nicht in Sicht.

Seit zwei Jahren wühlt sich Anissimows Truppe durch endlose Kilometer verstaubter Gerichtsakten in Sonderarchiven von Innen-, Sicherheits- und Verteidigungsministerium, mit deren Hilfe Stalin seine Widersacher ebenso wie gänzlich Unschuldige, ob Putzfrau oder Armee-General, zu Feinden der Sowjetunion erklären ließ.

16 500 Antragsteller bekamen 1990 Antwort, 10 120 im vorigen Jahr. Doch allein Militärtribunale schickten zwischen 1930 und 1953, dem Todesjahr Stalins, 1,3 Millionen Menschen in die Lager oder direkt in den Tod, so zumindest die Zahl aktenkundiger Fälle.

Zu den Sowjetbürgern, die per Artikel 58 (Solschenizyn: „der üppige, alles sauberfegende Paragraph“) zu Arbeits-

verweigerern, Vaterlandsverrätern, Terroristen oder Gehilfen der Weltbourgeoisie gestempelt wurden und nun per Bescheinigung ihre Biographie geraderücken können, kommen neuerdings Tausende ausländischer Opfer hinzu: Japaner, Ungarn, Polen, Österreicher, Rumänen und vor allem Deutsche – ob Komintern-Funktionär, Wehrmachtssoldat oder schlichter Ostzonenbürger nach dem Krieg wie Schubert.

Die meisten zählten zu den mehr als drei Millionen Kriegsgefangenen der Ostfront, waren nicht verhungert, aber auch nicht repatriert worden, sie standen als „Kriegsverbrecher“ vor sowjetischen Militärgerichten.

Von den Deutschen, die jetzt Gerechtigkeit suchen, kennt niemand die



Gefangenen-Papiere aus Sowjet-Gerichtsakten
Ein Puzzlespiel



Deutsche in sowjetischer Gefangenschaft: „Niemand bleibt ohne Rehabilitierung“

Zuständigkeit des Obristen Gussew. Horst Hennig, 66, Generalarzt a. D. der deutschen Bundeswehr, begab sich im August in die zum „Sicherheitsministerium“ umgewandelte KGB-Zentrale am Moskauer Lubjanka-Platz.

„Die Herren waren höflich und boten mir sogar einen Kaffee an“, berichtet der Antragsteller, der sein Gesuch auf einem DIN-A4-Blatt mitgebracht hatte: „1950 als Medizinstudent von der sowjetischen Geheimpolizei in Halle verhaf-

tet, zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt und dann ins Lager Nr. 10 ins russische Workuta verbracht, bitte ich um Aufhebung des Urteils.“

Hennig, damals 23, hatte öffentlich bezweifelt, daß die Einheitsliste bei den Studentenratswahlen der Uni etwas mit Demokratie zu tun hätte. Ein sowjetisches Tribunal befand Hennig und sechs Kommilitonen der Spionage, Bildung einer kriminellen Organisation und anti-sowjetischer Propaganda für schuldig.

Es gab keine Anklageschrift, keine Zeugen, keinen Rechtsanwalt, die Verhandlung wurde auf russisch geführt. Stud. med. Hennig landete in den Kohleschächten. 37 Jahre nach geglückter Heimkehr sagten die russischen Geheimdienstler nun ihrem Überraschungsgast die Weiterleitung des Falls an Gussew zu.

Horst-Rüdiger Münchau, 68, aus dem holsteinischen Boostedt wiederum steckte sein Begehren in ein Paket mit



Öffentliche Hinrichtung deutscher Soldaten in Smolensk 1945: Die Leichen blieben hängen

Stalin erhob sein Glas

zum Toast, in Teheran 1943. Gerade hatte er eine Fälscher-Kommission beauftragt, den vom Politbüro befohlenen Massenmord in Katyn an polnischen Offizieren den Deutschen anzulasten. Nun empfahl er seinen Gästen Roosevelt und Churchill, nach dem Sieg „sollten 50 000 deutsche Offiziere und Spezialisten zusammengetrieben und erschossen werden“.

Churchill war bestürzt, Roosevelt witzelte: „Nur 49 000.“ Doch Stalin machte Ernst. Aus dem Millionenheer deutscher Kriegsgefangener ließ er bis zu 50 000 „Kriegsverbrecher“ aussortieren – nicht nur wegen persönlicher Schuld, sondern vor allem kraft Zugehörigkeit zur SS, Feldgendarmarie oder Einheiten, die gegen Partisanen gekämpft hatten.

Die meisten wurden von Scheingerichten zum Tode oder zu bis zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt. Selbst

die Zugehörigkeit zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“, den Antifaschisten im Gefangenenerlager, war kein Freibrief: Der Vizepräsident des Komitees, General Walther von Seydlitz, wurde zum Tode verurteilt, dann zu 25 Jahren Lagerhaft begnadigt.

Es gab sogar zehn Schauprozesse, an denen oft auch ausländische Korrespondenten aus Moskau teilnahmen – nur die Geständnisse, nicht die Widersprüche wurden übersetzt: den ersten im September 1943 in Mariupol am Asowschen Meer (vier Todesurteile), dann gegen einen Major, einen SS-Untersturmführer und einen Polizeiwachtmeister in Charkow 1943, gegen zehn Mann eines Wachbataillons (wegen Gefangenmißhandlung) in Smolensk, gegen 15 Angeklagte in Kiew 1945. Nach dem Krieg ging es weiter in Minsk, Leningrad, Riga, Brjansk, Nikolajew, Welikije Luki.

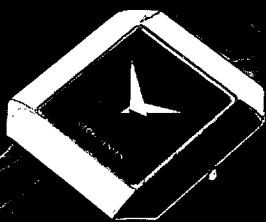
85 Angeklagte, meist Offiziere – 18 Generäle darunter –, starben am Tag nach dem Urteil auf einem zentralen Platz vor Zehntausenden, per Plakat eingeladenen Zuschauern am Galgen.

Die Leichen blieben zur Abschreckung wochenlang hängen. Filmaufnahmen sowjetischer Kameralente von Prozeß und Exekution hat der Berliner Zeithistoriker Bengt von zur Mühlen („Chronos-Film“) in Moskauer Archiven gefunden.

In den Prozessen von Leningrad (acht Todesurteile) und Smolensk (sieben) wurden die deutschen Angeklagten auch unter dem Vorwurf verurteilt, das Katyn-Massaker begangen zu haben. In Leningrad war der Angeklagte Arno Dührer zu der Aussage gebracht worden, im Wald von Katyn seien 15 000 bis 20 000 Russen, Juden und polnische Offiziere erschossen und begraben worden; er kam mit einer Lagerstrafe davon. Der russische Militärstaatsanwalt Anissimow ermittelte jetzt aus den alten Prozeßakten, einer der Verurteilten – wohl Dührer – habe Tribunal und Lager überstanden, er lebe heute in Deutschland.

Die Prozeßserie endete 1946, als russische Rache nicht mehr opportun war, und wurde 1949 wieder aufgenommen.

GEORG JENSEN



Die Zeit erhält Flügel.

Die Silber-Uhr des Silberschmieds Allan Scharff zeigt viel Symbolik: Die Zeiger bewegen sich wie der Flügelschlag eines Vogels. Gerahmt wird das grafisch schöne Bild von einem vierfach gefalteten Band als Symbol für die Vierteilung der Stunden und der Jahre.

4000 Düsseldorf
Königsallee 60

5000 Köln
Domkloster 2 A

8000 München
Amira-Haus, Brienerstrasse

Händlernachweis: Royal Copenhagen GmbH,
Köln. Tel: 0221-810011.

Fit für den Alltag



Das **brainLight Mentalsystem** ist eine der effektivsten Methoden für Entspannung und Mentaltraining. Die Wirkungsweise ist einfach, bequem und zuverlässig. Die Systeme haben sich in der Praxis bewährt. In Ruheräumen, am Arbeitsplatz, vor Verhandlungen, zur Unterstützung der Kreativität, in Seminaren und beim Training. Der Hauptvorteil des **brainLight**-Mentalsystems ist, daß Sie das System in fünf verschiedenen Anwendungsbereichen einsetzen können:

- Entspannung
- Mentaltraining
- Sprachenlernen
- "See the music"
- Verkaufstraining, Motivations- und Persönlichkeitstraining

Test-Bericht DM Ausgabe 2/91:

Der **brainLight Synchro III**: "... Das beste Universal-Gerät im Test. Sehr gute Festprogramme in großer Auswahl ..."

Fordern Sie kostenlos Informationen an bei:

brainLight Europa

Hauptstr. 52 D-8758 Goldbach

Tel: 06021-5907-0 Fax: 06021-540 997

AUSLAND

480 Anträgen ehemaliger Stalingrad-Kämpfer und gab das Bündel im Februar in Rußlands Bonner Botschaft ab.

Der Bauingenieur, damals 21, war zwei Tage nach Kriegsende als Leutnant in tschechische Gefangenschaft geraten. Er wurde nach Rußland überstellt, kurz vor Ablauf der allgemeinen Repatriierungsfrist angeklagt – wegen Teilnahme an Strafaktionen gegen Partisanen – und per Blitzprozeß (25 Jahre Zwangsarbeit) in die Kategorie der Kriegsverbrecher eingestuft.

Nachdem Konrad Adenauer bei seinem Moskau-Besuch 1955 die Freilassung der letzten 10 000 Kriegsgefangenen gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen eingehandelt hatte, kam München als „Spätheimkehrer“ zurück. Er ersuchte sofort um Rehabilitierung, die der Oberste Sowjet verweigerte.

Das Thema Kriegsgefangene stieß im Moskauer Außenministerium stets auf völliges Unverständnis, doch seit Gesprächen Kanzler Kohls mit Sowjetchef Gorbatschow 1990 heißt es dort: „Niemand bleibt ohne Rehabilitierung“, so ein Beamter der Verwaltung für internationale humanitäre Zusammenarbeit, über die inzwischen auch die deutsche Botschaft 890 Anträge weitergereicht hat.

Die russische Öffentlichkeit hat die Kriegsgeschichte für sich längst umgeschrieben, das Komitee der 280 000 Moskauer Kriegsveteranen hat andere Sorgen als der Feind von damals: die Armut. „Es gibt weder Haß noch Forderungen gegenüber den Deutschen“, winkt Generaloberst a. D. Iwan Katyschkin ab, „und von den NKWD-Lagern wußten wir einfach nichts.“

Umstritten ist der Drang nach Rehabilitierung bei den Deutschen selbst. „Kein Jude ließe sich durch die Nazis rehabilitieren, nur weil er im KZ saß“, zitiert Hennig Kameraden aus der Lagerzeit. Die meisten geben „zeitgeschichtliches Interesse“ an den russischen Akten vor, manche wurmt einfach die Willkür nach 40 Jahren immer noch.

Bonn's Diplomaten reagieren ratlos auf die Antragsflut. Während daheim der Vorwurf schwelt, alle Bundesregierungen hätten das Thema tabuisiert und einschlägige Akten weggeschlossen, fürchten sie noch immer um die deutsch-russischen Beziehungen.

Werner Kießling, 78, aus der Gefangenschaft 1949 entlassen und seit 28 Jahren an der Spitze des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen, schickte am 16. März einen Brief an Rußlands Präsidenten Boris Jelzin. Die deutsche Botschaft in Moskau ließ die Bittschrift liegen und wies Vermittlungsdienste zurück: „Das war praktisch die Forderung nach einer Generalamnestie, der Ton stimmte nicht, und keinerlei Höflichkeitsübersetzung war dabei“, so ein Beamter.

„Die haben Angst vor den Marschällen“, urteilt Präsidialratsmitglied Günther Wagenlehner, 68, der 1951 zu 25 Jahren verurteilt worden war und auch 1955 freikam. Er gewann für seine Sache den Marshall Wiktor Kulikow, 71, ehemals Warschauer-Pakt-Chef, der (mit einem Bundeswehr-Jet) nach Bonn kam. Kulikow kündigte die Öffnung der russischen Archive für Nachforschungen nach den 1,3 Millionen vermißten deutschen Soldaten an.

Wagenlehner will keine Generalabsolution: „Die spräche ja selbst KZ-Wächter frei“, entrüstet sich der Ostexperte und Buchautor („Kommunismus ohne Zukunft“, 1962). Er wünscht „eine politische Erklärung, die pauschal die Stalin-Urteile gegen unschuldig verurteilte deutsche Kriegsgefangene annulliert“.

Daß die rechtswidrigen Beschlüsse sowjetischer Militärgerichte auch Schuldige trafen, steht für den Staatsanwalt Anissimow fest. Einzelprüfung ist angesagt, ein Puzzlespiel. Stalins Untersuchungsrichter, Staatsanwälte und Urteilsverkünder hatten mit Akribie Aktenblatt an Aktenblatt geheftet, selbst wenn die „Verhandlung“ nicht mal fünf Minuten in Anspruch nahm. Doch wirkte wie bei den Verhaftungen meist der Zufall mit, die Zeugenaussagen waren in der Regel gefälscht.

Elisabeth Böhnke aus Bochum etwa hatte laut Befund eines Militärtribunals 1951 einem in der DDR stationierten russischen Panzerkommandeur zur „Westflucht“ verholfen. In Wahrheit, so fand Anissimows Behörde jetzt heraus, hatte die arglose Frau einem Auskunt heischenden Sowjetoffizier den Weg zu einer Straße gewiesen. Elisabeth Böhnke wurde im Juli rehabilitiert.

„Wir versuchen, objektiv zu sein, man muß die Akten im Zusammenhang lesen, die sind nach ein und derselben Schablone fabriziert“, sagt der Militärjurist, der sich als Untersuchungsrichter am Baikar, in Turkestan und bei der Sowjetgarnison in der ČSSR betätigte und 1986 in die Generalstaatsanwaltschaft aufstieg.

Sogar einem Soldaten der Wehrmachtsdivision „Brandenburg“, Divisionsgruppe der Canaris-Abwehr, stellten die Amtsnachfolger der Stalin-Härscher die Unbedenklichkeitsbescheinigung aus: Seine Teilnahme an Strafaktionen sei nicht nachweisbar.

Während etwa jedem fünften russischen Antragsteller Entlastung verweigert wird – weil er als Hilfspolizist mit Deutschen kollaboriert oder Landsleute erschossen hat –, ist diese Quote bei den Deutschen (gängiges Verdikt: Teilnahme an Repressalien gegen Zivilisten) äußerst gering. Bei Ablehnungen gehen die Papiere ans Gericht, das befindet in letzter Instanz. Anissimow: „Wer sich wirklich schuldig fühlt, reicht erst gar keinen Antrag ein.“ Dabei werden mit-

unter Leute rehabilitiert, die um diese Gefälligkeit gar nicht nachgekommen sind.

Die 480 Sammelantragsteller, zu denen Ingenieur Münchau gehörte, hatten akkurat dazugeschrieben, wessen sie beschuldigt worden waren: „Aufständische Umtriebe“, „Stabszugehörigkeit“, „Evakuierung volksdeutscher Personen“. Bei der Prüfung eines der Fälle stießen die Ermittler auf vier weitere Deutsche, die in derselben Sache verurteilt waren, und entlasteten sie gleich mit.

Von eigener Akteneinsicht, obwohl problemlos, raten sie den Betroffenen ab: „Da wimmelt es von Schmutz, Verrat und Denunziation“, warnt Anissimow. Antragsteller Hennig fand im Hallenser Uni-Archiv einen Protest des damaligen Prorektors Rudolf Agricola gegen die vom Dekan empfohlene Begnadigung der verurteilten Studenten.

Die guten Taten der Anissimow-Prüfer werden von deutscher Seite bisher kaum anerkannt. Während Antragsteller Karlhans Mayer, nebst Ehefrau 1950 in Halle wegen Spionage fürs Ostbüro der SPD inhaftiert, noch in der *Frankfurter Allgemeinen* das Schweigen der Russen beklagte, hatten die ihn und 56 seiner Konfidenten längst rehabilitiert.

Die überlasteten Begnadiger in Moskau schafften es nicht, ihre Freisprüche samt Personalpapieren oder gar Aktenkopien an die Deutschen zu schicken, in vielen Fällen sind Adressen unbekannt. Die deutsche Botschaft springt nicht ein, sie „sucht nicht den Kontakt mit uns – ganz anders als Japaner, Österreicher oder Polen“, wundert sich Anissimow, der die Persilscheine möglichst rasch und offiziell übergeben möchte.

Die deutschen Diplomaten wiederum sitzen auf wachsenden Eingabebergen russischer Bittsteller, die ihrerseits Wiedergutmachung fordern: von Deutschen verschleppte Zwangsarbeiter, KZ-Insassen, Kriegsgefangene. Anders als die Petenten aus dem Umfeld der Täter begehren sie auch finanzielle Buße wie zum Beispiel Walerija Kwizinija, 61, die 1943, zwölf Jahre alt, ins KZ Salaspils gesteckt wurde und hernach in der Nähe von Kassel beim Bauern Malmus 12 bis 14 Stunden am Tag arbeiten mußte. Das Volksgericht Riga hat das am 2. April festgestellt.

Oder auch wie der russische Bauer, der als Ausgleich für sein im Krieg von den Deutschen requiriertes Pferd um einen Mercedes bittet. Beide werden vermutlich leer ausgehen, doch möchten Deutsche wie Russen bis zu Kohls Moskauer-Besuch im Dezember das Thema vom Tisch haben und die rund drei Millionen Opfer pauschal abfinden: Eine Milliarde Mark soll in Rußlands Staatskasse fließen, etwa 300 Mark je Opfer oder, in Rubel, ein Jahreslohn.

Anissimows uniformierte Staatsanwälte setzen auf Versöhnung. Auf dem Rehabilitierungsantrag des Generalarztes Hennig fand der mit allen Abgründen Stalinscher Willkürjustiz vertraute Oberst einen überraschenden Nachsatz: Gleichzeitig mit dem Ersuchen um Aufhebung des Urteils bat Hennig darum, seinen ehemaligen Peiniger, „Untersuchungsrichter Nikolai Detow“, nach Deutschland einladen zu dürfen – zum Privatgespräch, zu gemeinsamer Bewältigung der Vergangenheit.



Rußland-Heimkehrer 1955*

Per Blitzprozeß in die Kategorie Kriegsverbrecher

* In Eschwege.

Je nach seinem individuellen Fertigungsprogramm berät Sie Ihr ROTO-Partnerbetrieb gern über Holz-, Kunststoff- oder Aluminiumfenster und Fenstertüren.

Postleitzahlbereich 2000

FEBA Fenster und Türen GmbH, Daimlerstraße 22, 2200 Elmshorn · **INEFA Kunststoff GmbH**, Brunnenstraße 8-10, 2210 Itzehoe

Postleitzahlbereich 3000

Tischlerei Stövesandt, Schmalbachstraße 4, 3300 Braunschweig · **Keuntje Fensterbau GmbH**, Düderoder Straße 3, 3355 Kalefeld 3

Postleitzahlbereich 4000

Dörmann GmbH Fenstertechnik, Im Timpen 6, 4354 Datteln · **Pohlmann Fenster- und Türenwerk**, Herner Straße 60, 4690 Herne 2 · **Hoff GmbH + Co. Fensterwerk**, Boschstraße 3, 4783 Anröchte · **Dombbrink GmbH**, Ringstraße 127, 4840 Rheda-Wiedenbrück

Postleitzahlbereich 5000

Monz Kunststoff-Fenster-Bau GmbH & Co. KG, Am Senkelsgraben 20, 5210 Troisdorf-Spich · **Feba Fensterbau GmbH – Die Fenstermacher**, Gießener Straße 3, 5901 Wilsdorf

Postleitzahlbereich 6000

Fenster-Werner, Otto-Röhm-Straße 80 und Haasstraße 4, 6100 Darmstadt · **Windor Bauelemente GmbH**, Sportplatzweg 10, 6295 Merenberg 1 · **Wetterau-Fenster Storck GmbH & Co. Fensterbau KG**, OT Berstadt, 6366 Wölfersheim 4 · **Plus-Plan GmbH**, Robert-Bunsen-Straße 3-9, 6440 Bebra · **al bohn Fenster-Systeme GmbH**, In der Au 16, 6920 Sinsheim

Postleitzahlbereich 7000

Robert Schweiker GmbH, Niedere Klinge 25-27, 7121 Gemmrigheim · **Fensterbau Ruoff**, Zeppelinstraße 8-12, 7454 Bodelshausen · **Fensterwerk Gutbrod KG**, Dörmlerstraße 4, 7454 Bodelshausen · **Heka**, Heidelberger Straße 1, 7523 Graben-Neudorf · **Fensterbau Anthonj GmbH**, Maierhof 7, 7597 Rheinau-Memprechtshofen · **Illerplastic Fensterbau GmbH**, Josef-Ost-Straße 11, 7818 Illertissen

Postleitzahlbereich 8000

Wilhelm Rief GmbH & Co. KG, Gießereistraße 30, 8200 Rosenheim · **Bayerwald-Fensterfabrik Altenbuchinger GmbH & Co. KG**, Insel 1, 8391 Tittling · **Höhbauer GmbH**, Kohlbergstraße 1-3, 8481 Luhe-Wildenau · **Optima Fensterwerk Albr. Drechsler GmbH & Co. KG**, Frimmersdorf 3, 8531 Vestenbergsgreuth · **Glück Fenstertechnik GmbH & Co. KG**, Von Lindstraße 8, 8650 Kulmbach

Postleitzahlbereich Ost

Wicon GmbH, Vulkanstraße 13, O-1130 Berlin · **Keuntje Fensterbau GmbH**, Pulpfördar Straße 9, O-3400 Zerbst · **Wertbau-Elemente GmbH**, August-Bebel-Straße 27, O-6600 Greiz · **Eilenburger Fenstertechnik**, Am Lauchberg, O-7280 Eilenburg · **Bernsdorfer Bauelemente GmbH**, Dresdener Straße 15, O-7702 Bernsdorf · **Illerplastic Fensterbau GmbH**, Große Ringstraße 21, O-7980 Finsterwalde

